

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Kreis Schlesien (Glossen der Kommunistischen Internationale)

Verlag: ...
Preis: ...

Freitag 8. März 1922

Abbestellungsstelle: ...
Kontaktperson: ...

Zum Schlesischen Landbundtag.

Wie fast alle Teile Deutschlands, so muß auch Schlesien seine konteurrevolutionäre Parade haben. Der Schlesische Landbund hält seinen vierten Landbundtag ab. Auf der letzten Jahrsversammlung steht hauptsächlich geschrieben: „Einheitsfront der Landwirtschaft“.

Wozu diese Einheitsfront? Wem dient sie? Etwas dem Kleinbauern, den man unter dieser Parole einzufangen sucht? Gewiß nicht! Sie dient den großagratischen Interessen und richtet sich gegen das gesamte arbeitende Volk, sowohl gegen die Arbeiter, wie gegen die kleinen Landwirte. Sie ist Mittel zum Zweck und dient der Politik der Junker und Großgrundbesitzer, die sich programmatisch ausdrückt im sogenannten „Hilfswert der Landwirtschaft“.

Das Hilfsaktionsprogramm steht darum im Mittelpunkt der Landbundtage. Ein vaterländisches Opfer-Mantelchen zielt dieses Programm und soll ihm Anziehungskraft geben. Das vaterländische Mantelchen besteht in dem Versprechen, die Agrarproduktion zu steigern, um die Ausgaben für Einfuhr von Ausland-Agrarprodukten herabzumindern, das Reich von Zuschüssen zu entlasten. Das ist alles sehr schön. Man müßte zustimmen, wenn man nicht hinter dem Mantelchen ein anderes Bild sehen würde.

Es braucht in diesem Zusammenhang nicht näher dargelegt werden, daß eine erhebliche Steigerung der Agrarproduktion von technischer Seite aus gesehen, durchaus möglich ist. Bekanntlich erfolgt aber die Produktion in der kapitalistischen Wirtschaft, nicht, um den Bedarf an Produkten für das Volk zu decken, sondern um des Profites willen. Ein drastisches Beispiel dafür ist die bisher und heute noch von den Agrarkapitalisten geübte Produktions-Sabotage, obwohl die Ernährungsverhältnisse Deutschlands ein wenig rötiges Gesicht zeigen.

Vom Standpunkt des Profites wurde auch das Hilfswert inszeniert. Profit bildet sich aber nur durch Ausbeutung anderer Menschen. Wer sind diese anderen Menschen? Die Arbeiter und Kleinbauern! Die versprochene Produktionssteigerung erfolgt nämlich nur unter bestimmten „Voraussetzungen“, die den Kern des „Hilfswertes“, also das was hinter dem Mantelchen ist, bilden. Worin bestehen diese Voraussetzungen?

Die Getreideumlage soll beseitigt werden. Der Kleinbauer, der unter dieser Umlage leidet, wird sagen: „Das liegt doch ganz in meinem Interesse! Wie kann da von Ausbeutung der Kleinbauern durch die Großen gesprochen werden?“

Bevor wir darauf eingehen, ein Wort zu unserer Stellung zur Umlage. Auch wir Kommunisten sind nicht dafür, daß der Kleinbauer fernerehin unter der Umlage leiden soll. Desto mehr fordern wir aber, daß die Großgrundbesitzer die gesamte Umlage aufbringen, daß bei ihnen die Produkte restlos erfaßt werden!

Wucherfreiheit für die Agrarkapitalisten bedeutet Steigerung der Inlandspreise auf Weltmarktpreise, wenn nicht gar darüber hinaus. Will der Staat die Brotpreise auf der jetzigen Höhe halten, so müßte er dann also wiederum Zuschüsse bezahlen, und zwar an die deutschen Agrarkapitalisten. Dem Staate wäre aber damit nicht geholfen. Gahlt aber der Staat keine Zuschüsse mehr, wie es die Junker und Großgrundbesitzer verlangen, so müssen eben die Brotpreise um dreifache oder vierfache des jetzigen Preises erhöht werden. Diese Preiserhöhung wird sich aber nicht allein auf Brot beschränken, sondern wird sich auswirken in Preiserhöhung für alle Bedarfsartikel, die der Arbeiter und Kleinbauer braucht. Den paar Mark Mehreinnahmen, die der Kleinbauer aus einer Erhöhung der Getreidepreise zieht, würde auf der anderen Seite eine zehnfache Mehrausgabe gegenüberstehen.

Die Junker und Großgrundbesitzer dagegen, die fast ausschließlich für den Markt produzieren, würden glänzende Geschäfte machen auf Kosten der Arbeiter und kleinen Bauern.

Mit dieser einen Forderung begnügen sich aber die kleinen Landbündelführer nicht. Sie wollen auch „steuerlich berücksichtigt“ werden. Sie wenden sich gegen die Besteuerung des Weizens. Das bedeutet, daß auf der anderen Seite der Staat seine Steuern beim arbeitenden Volke einreiben muß. Die Reichsregierung kommt dem auch in großem Maße nach. Ein ganzer Schwarm von indirekten Steuern ist vorgeschlagen.

Diese treffen den Arbeiter und Kleinbauern am allermeisten. In allen möglichen Verbrauchsartikeln ist diese

Die schlesische Landwirtschaftskammer über „die Not der Großgrundbesitzer“.

Wie denken die Kleinbauern und Landarbeiter darüber?

In der Sitzung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, die trotz „Revolution“ noch immer eine Kumpfkammer der wilhelminischen Regierung ist, in der die Junker, das große Wort führen und auf Grund eines realen Verfahrens in der Mehrheit sind, sprach der Deputierter K. A. B. über „das Hilfswert der Landwirtschaft“.

Während er von seinem Standpunkte Düngemittel- und Kreditfrage behandelt hatte, führte er etwa folgendes aus: „Notwendig ist aber unbedingt ein dauernder Arbeitsfrieden im Lande und Verkehr. Alle Störungen sind produktionshindernd. Der Achtstundentag oder überhaupt eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft ist Wahnsinn“.

Die Gesetzwidrigkeit in der Handlung des Steuergesetzes stelle sich als eine Sabotierung des Hilfswertes der Landwirtschaft durch die Behörden dar.

Noch deutlicher tritt die Absicht der Junker in dem Schluß der angenommenen Entschließung zu Tage, die da lautet:

„Die Kammer muß aber ihrerseits erklären, daß das Hilfswert nur durchführbar ist, wenn die grundlegenden Voraussetzungen für dasselbe geschaffen werden. Als solche haben zu gelten:

1. Tatsächliche Sicherung von Personen und Eigentum.
2. Dauernder Arbeitsfrieden in der Landwirtschaft und im Verkehrsleben — alle Störungen desselben wirken produktionshindernd, müssen daher unbedingt vermieden werden.
3. Gerechtie, das Betriebskapital nicht wegsteuernde, neuerliche Behandlung — keine Sabotierung durch die steuerliche Gesetzgebung und ihre Handhabung, Revision der Erbschaftsteuer im Besitz erhaltenden Sinne.
4. Ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln, Maschinen, Geräten und allen übrigen nötigen Hilfsmitteln.
5. Anschaffung jedes irgend wie gestalteten Zwanges.

Wenn wir das ins richtige Deutsch übersetzen, dann heißt das: Streikverbot, Arbeitszeitverlängerung und Ausbeutungsfreiheit für die Junker.

„Gerechtie, das Betriebskapital nicht wegsteuernde, neuerliche Behandlung“ — heißt: die Großgrundbesitzer drücken sich vor dem Steuern zahlen.

„Aushaltung jeden Zwanges“ — Ja, die Herren Junker, die in Deutschland 23 000 an der Zahl sind, und die Großbauern, die 250 000 ausmachen, wollen frei sein von jedem Zwang, um desto schärfer die Klein- und Mittelbauern die in Deutschland rund 2 Millionen betragen, und die Arbeiterklasse mit den größten Lasten zu belegen.

Noch offener in seinen Worten war der Graf Reysersling. Dieser feuchte Herr, der im September die Lohn-

erhöhung der Landarbeiter ablehnte, für 1922 sogar Lohnabbau vorschlug, führte Klage, daß die Steuererhebung nicht nach „sächlichen“, sondern nach politischen Gesichtspunkten orientiert ist.

Derselbe Mann liefert aber den Beweis, daß die Wirtschaft der Junker mit Sammelbüchsen ansaßt. Er sagte:

„Auf die Beschwerden seitens der Landwirtschaft ist ein Kommissar nach dem Landesfinanzamt Breslau gekommen, und nun ist bestimmt worden, daß das Einspruchsverfahren kostenlos sein solle, und daß Stundungsgesuche bewilligt werden sollen. Es sei damit die Ungeheuerlichkeit der vorangegangenen Handlungen anerkannt.“

In Wirklichkeit also verkündet die Regierung Milde und Gnade für die Steuerhinterziehung der Hochwohlgeborenen Herren Großgrundbesitzer. Milde und Gnade für diejenigen, die nach den Angaben des Finanzministeriums in den Jahren 1919—21 nicht weniger als 20 Milliarden fälliger Steuern nicht gezahlt haben. Rücksichtslosigkeit aber für Kleinbauern, vor allem aber für die Land- und Stadtarbeiter, die durch den 10% Lohnabzug bis zum letzten Pfennig ausgefressen wurden!

Die viel zu hohe Veranlagung des Kleingrundbesitzes ist besonders schlimm. Jal Wer, zum Teufel, sitzt denn in den Finanzämtern, schließt mit diesen Abkommen und macht Vorschläge über die steuerliche Belastung der Landwirtschaft? Der Reichslandbund hat Vorschläge gemacht, die wir an anderer Stelle wiederzehen.

Wenn die Großen, die Steuern die aufgebracht werden müssen, nicht zahlen wollen, dann müssen Arbeiter und Kleinbauern diese herappeln.

Daß die Junker das wollen, zeigt die Entschließung der Landwirtschaftskammer, die zur Durchführung der Steuer-Sabotage Sachverständige des Großgrundbesitzes in den Finanzämtern verlangt. Diese sollen doch wohl mitwirken, damit die Großagrarien wenig oder keine Steuern bezahlen.

Gegen diese Junkerfreiheit hilft nur: die Erfassung der Sachwerte, d. h. die Befreiung des wirklichen, arbeitslosen Besitzes und die Entlastung der wirklich produktiven Arbeit, durch eine Regierung aller Werktätigen.

Die Kleinbauern, Arbeiter, Angestellten- und Beamtenorganisationen müssen alles aufbieten, um dieses Ziel gemeinsam zu erreichen.

Und nur dieser Weg des Zusammenschlusses aller Werktätigen zum Kampf gegen eine Gesellschaft, die nur Kapitalisten wirklicher Arbeit ist, kann zum Ziele führen, kann vor allem auch den Lohnslaven auf dem Lande und den Kleinbauern, die entweder dem städtischen Wucherer verschuldet oder von „gnädigen Herren“ abhängig sind, die wirtschaftliche Freiheit schenken.

Steuer enthalten. Der Arbeiter und Arbeitsbauer muß bei allen Bedarfsartikeln, die er konsumiert, genau so viel Steuern bezahlen, wie der Boden- und Industriekapitalist, der ein hundert- und mehrfache höheres Einkommen hat, als er.

Soweit direkte Steuern auf den Besitz gelegt werden (es sind verhältnismäßig wenig), werden auch diese in der Weise veranlagt, daß der Klein-Gewerbetreibende vier und fünf mal so viel im Verhältnis bezahlen muß, als der Große. Ein typisches Beispiel dafür sind die Landbündelvorschlüge im Kreise Lauban. Dort wurden gemeinsam mit dem Finanzamt Sätze aufgestellt, die als Steuergrundlage für eine fünf Hektar große Wirtschaft 375,— bis 450 Mk. pro Morgen, dagegen bei Großgrundbesitzern bei 250 und mehr Hektar, nur 60 bis 100 Mk. pro Morgen vorsehen.

Steuerbefreiung der Großgrundbesitzer heißt nichts anderes als: Vergrößerung des Steuertrahns auf die Taschen der Werktätigen.

Die großagratischen Landbündler sind sich aber bewußt, daß die Durchführung dieser Pläne, die weitere Verelendung der Arbeiter und Verschuldung der Klein-

bauern bedeuten, nur erfolgen kann, mit Hilfe der Kleinbauern. Darum das vaterländische Mantelchen. Sie sind sich ferner bewußt, daß die Durchführung erfordert: Niederstufung der Arbeitenden. Darum ihre Hege gegen die streikenden Eisenbahner, darum ihr Schrei nach Verschärfung der Maßnahmen der Regierung gegenüber den Eisenbahner.

Zu dem Niederrücken der Eisenbahner sehen die Agrarkapitalisten eine Vorarbeit für ihre weitere „Voraussetzung zum Hilfswert“, nämlich für „Schub vor Produktionsstörungen“. Diese Forderung bedeutet, daß der Staat streikende Landarbeiter niederhält, wie die Eisenbahner, daß er den Landarbeitern jedes Streikrecht nimmt. Die Landarbeiter sehen daraus, daß sich das „Hilfswert“ in besonders scharfer Weise gegen sie richtet, sie sehen fernere daraus, daß der heimliche Zentralverband der Landarbeiter, der sich an die Seite des Landbundes stellt, ihnen mit der Faust ins Gesicht schlägt.

Arbeiter und Kleinbauern! Ihr müßt Euch gemeinsam gegen die Junkerpläne wenden! Der Angriff des Agrarkapitalisten erfordert die Herbeiführung einer gemeinsamen

Das Zeichen der Kommunisten aller Länder ist der Sowjetstern mit Hammer und Sichel. Der Hammer ist das Zeichen der Arbeiter der Industrie, die Sichel ist das Symbol der Kleinbauern und Landarbeiter. Stadt- und Landarbeiter gehören zusammen. Beide leben von der Hand in den Mund. Steuern und Teuerung treffen sie am härtesten. Gegen sie richten sich die Urteile der Klassengerichte.



Die Schaffenden in Stadt und Land müssen sich die Hände reichen. In gemeinsamer Arbeit werden sie dann die Wirtschaft führen. Die Landarbeiter und Kleinbauern werden die Felder bestellen, es wird kein Acker mehr brach liegen. Sie werden ernten und das Überflüssige Korn den Städten zuführen.

Wir nehmen an, daß Graf v. Keyserlingt in gewissen Material genug gesammelt hat über kommunistische Agitation auf dem Lande. Ob er damit dem schlesischen Kleinbauern das Gruseln lernen kann, bezweifeln wir.

Nichtsofen — über Steuern, Brotverteuerung und Kleinbauern.

Ein mit den Agrarverhältnissen vertrauter Genosse schreibt uns: Die „Schlesische Zeitung“ vom 5. Februar 1922 bringt einen Artikel des Freiherrn von Nichtsofen „Die Bankrott-erklärung der Zwangswirtschaft“, der nicht nur ein Kaschenspielerkunststück ist, sondern auch ein glänzendes Beispiel darstellt für die Taktik der Junker: „Haltet den Dieb!“

Table with 5 columns: Weizen, Roggen, Hafer, Mais, Dollar. Rows show price ranges for different years (16.2, 17.2, 18.2, 19.2, 20.2, 21.2, 22.2).

Die Junker hatten an der Aufhebung der Zuschüsse ein Interesse, um die durch das Umlageverfahren eingehalten Mehreinnahmen herauszuholen. Die Junker wußten, daß die Regierung im Auslande kaufen muß, um die Brotversorgung zu garantieren, und konnten nun die Preise maßlos steigern.

Der Freiherr von Nichtsofen sagt nun folgendes über die Aufbringung der Lebensmittelpreise durch die Arbeiter: „Niemand zahlt gerne Steuern! Hat das Volk aber zwischen zwei Nebeln — in diesem Falle zwischen Steuern und höheren Produktpreisen — die Wahl, so zahlt der Einzelne lieber Steuern, als höhere Preise für Nahrungsmittel.“

Wir glauben dem Herrn Nichtsofen gerne, daß besonders er und seine Klassengenossen, die schlesischen Junker, das Steuerzahlen als einen unwilligen Luxus betrachten, was uns ja die vortrefflichen Vorschläge des Reichslandtages zur Einziehung der Einkommensteuer der Landwirtschaft beweisen, die hier auch im Bezirk Breslau und fast in ganz Schlesien angewendet werden.

Im Reiche des Herrn von Nichtsofen, im Kreise Breslau, schreit man nach folgendem Modus ein: Bei einem Besitz bis zu 40 Morgen pro Morgen 600 Mk. Einkommenwert, 40—100 Morgen pro Morgen 600 Mk. Einkommenwert, 100—400 Morgen pro Morgen 400 Mk. Einkommenwert, und über 400 Morgen soll eine Pauschalsumme gezahlt werden, die die Aufbringung der Steuer ergibt.

Frachtpreise und Industriepreise zahlt, steht auf einem anderen Blatt.

Nun hat sich der Führer der schlesischen Junker noch einen Besonderen Geniestreich in diesem Artikel geleistet. Er sagt nämlich, daß die Regierung Gelegenheit gehabt hätte, in Deutschland für 190 Mk. pro Zentner die Mengen Getreide zu kaufen, die zur Ernährung notwendig sind.

Man weiß nicht, spricht Junkerrechtlich oder Dummschall aus diesen Worten, oder ist es ein Utensilienwunder?

- 1. Jedes Kind weiß, daß nach Deutschland Getreide eingeführt werden muß, und die Auslandspreise für diese Getreidemengen gezahlt werden müssen.
2. Wenn die Regierung Massenkäufe gemacht hätte, wäre nicht ein Zentner zum Preise von 190,— Mark zu haben gewesen. Das wird durch eine Anfrage der D.V.B. im Reichstage bewiesen, die sich dagegen wandte, daß die Regierung „unvorsichtig“ Getreidemengen aufgekauft hätte, wodurch die Preise unnötig gestiegen seien.

Im November hatte die Regierung durch Mittelsmänner versucht in Liegnitz Getreide zu kaufen, und sofort — stiegen die Preise. So liegen also die Dinge. Haltet den Dieb! ist immer ein Ruf, der den Schreier retten soll vor Schmach, Schande und Bestrafung.

Nichtsofen spricht dann weiter von einer Schädigung der Produktion, um mit seinen eigenen Worten das Gegenteil zu sagen, nachdem er von schweren Bestrafungen gesprochen hat: „Schwerverbrecher werden begnadigt, Fleißige und in ihrer Existenz bedroht. Daß der Landwirt aber im Jahre über 1000 Ueberstunden leistet.“ — usw.

„Bei den Bestrafungen handelt es sich meist um kleinere Landwirte, die mit Kopf und Hand arbeiten.“ Hier stimmen wir ihm zu. Nichtsofen klagt hier ungewollt seine Klassengenossen an. Mit diesen Frühlingsschmalmeinen will er die auch in Schlesien anfassig gewordenen Klein-, Arbeitsbauern und Stellenbesitzer wieder für sich gewinnen, die bereits dabei sind, sich in selbständigen Bauernvereinen selbstgeführten Organisationen zusammenzufinden.

Die Junker haben beim Umlageverfahren die jeweiligen Marktpreise für freies Getreide erhalten. Die kleinen Bauern haben oft hierzu nichts übrig gehabt, haben also die Lasten wie unter der Zwangswirtschaft für die Junker getragen. Aber auch der freie Handel wird für die Kleinbauern keine Besserung bringen. Reiten kann sie nur der direkte Austausch zwischen Stadt und Land unter Ausschaltung der Händler, Großgrundbesitzer, Großkapitalisten, Bucherer und Bankiers.

Heraus ihr Kleinbauern aus dem Landbund! Hinaus in selbständige Kleinbauernorganisationen! Zusammenschluß der Schaffenden in Stadt und Land! Das sind die Forderungen, unter denen die Kleinbauern zu kämpfen haben.

„Mag der Bauer durch Heberanstrengung seiner Person und seiner Angehörigen so viel leisten als er will, schon vom Standpunkt des Kulturmenschen aus ist seine Lage zu bedauern. Das höchste, was er infolge von Heberanstrengungen und Entbehrungen leistet, die moderne Technik und die Wissenschaft der Bodenbearbeitung leisten höheres. Vor allen Dingen aber ist die Anwendung der Technik und Wissenschaft allein imstande, auch den Bauer zum vollen Kulturmenschen zu machen, während er heute Sklave seines Besitzes und Helote seines Gläubigers ist.“ (Webel in „Die Frau und der Sozialismus“ — Stuttgart, Die.)

Aus der Landarbeiterbewegung.

Landbund für internationale Arbeiterbewegung. Arbeiter, du weißt wohl? Der Landbund, an dessen Spitze acht deutsche Kleinbauern stehen, die den Internationalismus der Arbeiterbewegung als Vorbildern am Vaterland bezeichnen, dieser Landbund soll die Stimme für eine internationale Arbeiterbewegung erheben haben? — Und doch ist dem so in Bezug auf die christlichen Organisationen.

Im „Schlesischen Landbund“ Nr. 3 lesen wir: „Die christlichen Gewerkschaften und deren Mitglieder lassen sich in der Vaterlandsliebe und in treuer Pflichterfüllung von niemandem übertrafen. Ihre internationalen Beziehungen haben sie stets und in erster Linie im Interesse ihres eigenen Landes und ihres Volkes ausgenutzt, wie die Geschichte der christlichen Gewerkschaften beweist. Es würde deshalb vielmehr im Interesse des deutschen Volkes gelegen sein, die Arbeiten der christlichen Gewerkschaften auf internationalen Gebiet zu fördern und zu beachten, statt fortwährend die gesamte Bewegung und deren Führer zu verächtlichen und zu beschimpfen.“

Woher diese Einstellung? Dies wird sofort klar, wenn wir beobachten, was die Kapitalisten unter „Interessen des deutschen Volkes“ verstehen, nämlich ihre Herrschafts- und Weltbeherrschung. Dies wird im „Schlesischen Landbund“ durch folgende Worte dominiert: „Soll unsere deutsche Volkswirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft sich Geltung verschaffen und konkurrenzfähig bleiben, dann müssen die Sozialisten der deutschen Unternehmer mit Hilfe der ausländischen christlichen Arbeiter auch deren Arbeitgeber ausfindig werden. Außerdem gilt es, im Auslande Verständnis für die Lage des deutschen Volkes zu wecken, damit der Welt und das Vertrauen gegen uns wieder bereitwillig wird. Wer sollte wohl dazu besser geeignet sein wie die christlichen Arbeiter, die das Ehrgefühl der Nächstenliebe beherzigen?“

Das „Christengebote der Nächstenliebe“ lautet vom August 1914 bis 1918: „Ihr deutschen und französischen Arbeiter schlagt euch gegenseitig den Schädel ein.“ Internationaler Sozialismus der Arbeiter ist Vaterlandsverrat. Heute heißt es: „Deutsche Arbeiter, sorgt dafür, mittels eurer internationalen Beziehungen, daß wir deutschen Kapitalisten konkurrenzfähig bleiben. Fordert von uns keine Lohnerhöhungen, schon uns von der Bezahlung der durch das von uns gepredigte „Christengebote“ verursachten Schuldenlasten. Sorgt dafür, daß die ausländischen Arbeiter, aus Nächstenliebe zu uns deutschen Kapitalisten, die Lasten auf die Schultern unserer ausländischen Konkurrenten legen.“

Beim es immer, was die großgrundbesitzigen Landwirte immer betonen — der Arbeiter müsse zuerst Lohn seines Landes (seines kapitalistischen, d. Red.) und dann erst Arbeiter sein —, dann möchte man dies eigentlich auch von den eifrigen französischen Arbeitern annehmen. Zeit man dies, dann würde der logische Schluß: die ausländischen Arbeiter müssen an der Seite ihrer Kapitalisten für die „Interessen ihres Vaterlandes“, für die Interessen ihrer Kapitalisten eintreten. Dann haben sie aber an der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Kapitalisten kein Interesse. Im Gegenteil — Diese Liebe zu ihrem Ausbeuter liegt er weber im Interesse der deutschen, noch der Arbeiter anderer Länder. Sie werden deshalb nicht zusammenstehen müssen, um für diese oder jene Kapitalisten die Interessen zu vertreten, sondern sie haben sich zusammenzuschließen, um die Ausbeuter aller Länder zum Teufel zu jagen und die Wirtschaft national und international, nach ihren Interessen zu gestalten.

Schwindelnummer des christlichen Landarbeiterverbandes und des Landbundes.

Einem Vertrag ohne gleichen gegen die Landarbeiter durch den Zentralverband der Landarbeiter und den schlesischen Landbund konnte „Der Landbote“ (Organ des D.V.B. Schlesia) entlarven. Bekanntlich hat sich der christliche Zentralverband der Landarbeiter des Bezirkes Schlesia dem dortigen Landbund angeschlossen unter der Fäule: „Bildung einer Vorkommenschaft“ (Christlich-friedliche Vereinigung). Am die Landarbeiter nicht abzuführen, gab sich der Zentralverband den Anschein, als ob er seine gewerkschaftliche Selbständigkeit nicht aufgegeben habe. Ja, es wurde sogar ein „Kampf“ geführt gegen das Eindringen der Arbeitergruppe des Landbundes, wie es in Formeln zu verzeichnen ist. Das jenseitige dabei war, daß der Landbund seine Stellung nicht gegen die Arbeitergruppe, und sich in eine Zelle mit dem kommunistischen Landbund einließ. Ein vom „Landboten“ vom 26. Februar an die Öffentlichkeit gezeigtes Rundschreiben des schlesischen Landbundes zeigt nun deutlich, welchen Notizen diese Einstellung des Landbundes entspringt. Das Rundschreiben lautet folgendermaßen: „Schlesischer Landbund, den 23. November 1921. Die Tatsache des letzten Landarbeiterpreises hat unser Ziel, die wir mit dem Zusammengehen mit dem Zentralverband der Landarbeiter zu verwirklichen suchten, in eine weit ferne gerückt (!). Wir haben daher um so mehr Veranlassung,

Vertrauenslos ist das nicht verurteilende.

Wegen der Verleumdungsgelüste des Reichstags... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Am 22. Februar fand bei dem Vorsitzenden des... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Entente, Schupo und technische Nothilfe... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Gewerkschaftsbewegung.

Verammlung der Gemeindefabrikanten Breslauer.

Der Gemeindefabrikantenverband Breslau hielt am 21. Februar im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Große Steuern für die Kleinen!

Der Reichswirtschaftsverband Danban hat im Einvernehmen mit dem Finanzamt Danban unter Leitung des... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Table with 2 columns: Tax category and Amount. Rows include 'Wirtschaften bis 5 ha', 'Wirtschaften bis 12,50', 'Wirtschaften bis 25', 'Wirtschaften bis 50', 'Wirtschaften bis 100', and 'Wirtschaften bei 250 ha'.

Die Steinarbeiter für die Durchführung der 10 Forderungen des DGB.

Am 1. März fand in Breslau eine Versammlung des Steinarbeiterverbandes statt, die gut besucht war... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die Steinarbeiter für die Durchführung der 10 Forderungen des DGB.

Am 1. März fand in Breslau eine Versammlung des Steinarbeiterverbandes statt, die gut besucht war... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Genossen!

Genossen! kauft nur in den Geschäften, die in der... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin... Die russische Regierung in Berlin...

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große Programm
Dieser Weg führt
Anzüge

Schauspielhaus
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Trauer des Pescara
Altmetalle
Halt!

KOMMUNISTISCHE BÜCHEREI
Alle Bestellungen an kommunistischer Literatur jeder Art, die bisher durch die Kommunistische Bücherei, Breslau, Gräbschener Straße Nr. 45, zur Erledigung kamen, sind zu richten an die

PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFT FÜR DIE PROVINZ SCHLESSEN, E.-G.-M.-B.-H. BRESLAU, NIKOLAISTRASSE NR. 49/50 L.
Lunapark Morgenaus
Holzauktion in Morgenau

K = P = D
Kommunistische Partei Deutschlands
Veranstaltungen:
Genossen!

Unterbezirk Waldenburg
Genossen!
Schlesischen Arbeiter-Zeitung inserieren

Der Reichsarbeitsminister die Interessen der Arbeitenden vertritt.

Der Reichsarbeitsminister hat sich in der letzten Sitzung des Reichstages über die Interessen der Arbeitenden geäußert...

Im Dezember vorigen Jahres fanden im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz von drei beauftragten Vertretern des Reichsarbeitsministers Verhandlungen über die Revision des geltenden Tarifs des Reichstages für das deutsche Handwerk statt...

Das geltende Abkommen geht bis zum 1. März. Jede der Parteien ist berechtigt, beim Reichsarbeitsministerium die Entscheidung darüber herbeizuführen, ob es die Veränderung der Lebenshaltungskosten am 1. Februar gegenüber Mitte Dezember für groß genug hält, um eine neue Regelung der gehaltlichen Bestimmungen für Februar und März herbeizuführen...

Mittwoch, den 22. Februar, hatte nun der Reichsarbeitsminister eine Vertretersitzung der Tarifparteien abgehalten. Die Angelegenheit war natürlich sehr interessant, so erfahren, welchen Standpunkt eine so autoritative Stelle wie das Reichsarbeitsministerium zur Entwicklung der Teuerung seit Mitte Dezember vorigen Jahres bis 1. Februar mit der Angelegenheit einer gehaltlichen Tarifrevision für Februar und März einnehmen werde...

Am 4. Dezember habe ein Schlichtungsausschuss für das deutsche Handwerk getagt, der neben anderen gehaltlichen Angelegenheiten der Tarifparteien, auch eine Entscheidung des Worttales getroffen habe, daß der Reichsarbeitsminister die Entscheidung darüber treffen solle, ob er die Veränderung der Lebenshaltungskosten — gewissermaßen von Dezember zu Februar — für groß genug halte, eine Revision der gehaltlichen Bestimmungen im Reichstagsparagrafen für das deutsche Handwerk einzuführen zu lassen...

Der Reichsarbeitsminister habe ihn, den Vorsitzenden, nunmehr beauftragt, den Parteien mitzuteilen, daß der Reichsarbeitsminister von der Durchführung dieser Bestimmungen als solcher Abstand zu nehmen beabsichtige. Er bitte, statt dessen sich auf einen Schlichtungsausschuss zu einigen, der statt seiner diese Vorentscheidung fälle...

Zur Begründung für diesen seinen Standpunkt führe der Reichsarbeitsminister erstens einen äußeren Grund an: Was den Bankrott angeht, so ist, ohne allen Arbeitnehmerskategorien hülflos sein, infolgedessen würde sich eine Praxis ergeben, wonach von allen Wirtschaftskreisen ein Arbeitsministerium diese verantwortungsvolle Rolle zugeteilt würde...

Der Reichsarbeitsminister habe ihn, den Vorsitzenden, nunmehr beauftragt, den Parteien mitzuteilen, daß der Reichsarbeitsminister von der Durchführung dieser Bestimmungen als solcher Abstand zu nehmen beabsichtige. Er bitte, statt dessen sich auf einen Schlichtungsausschuss zu einigen, der statt seiner diese Vorentscheidung fälle...

Zur Begründung für diesen seinen Standpunkt führe der Reichsarbeitsminister erstens einen äußeren Grund an: Was den Bankrott angeht, so ist, ohne allen Arbeitnehmerskategorien hülflos sein, infolgedessen würde sich eine Praxis ergeben, wonach von allen Wirtschaftskreisen ein Arbeitsministerium diese verantwortungsvolle Rolle zugeteilt würde...

Der Reichsarbeitsminister habe ihn, den Vorsitzenden, nunmehr beauftragt, den Parteien mitzuteilen, daß der Reichsarbeitsminister von der Durchführung dieser Bestimmungen als solcher Abstand zu nehmen beabsichtige. Er bitte, statt dessen sich auf einen Schlichtungsausschuss zu einigen, der statt seiner diese Vorentscheidung fälle...

Zur Begründung für diesen seinen Standpunkt führe der Reichsarbeitsminister erstens einen äußeren Grund an: Was den Bankrott angeht, so ist, ohne allen Arbeitnehmerskategorien hülflos sein, infolgedessen würde sich eine Praxis ergeben, wonach von allen Wirtschaftskreisen ein Arbeitsministerium diese verantwortungsvolle Rolle zugeteilt würde...

Der Reichsarbeitsminister habe ihn, den Vorsitzenden, nunmehr beauftragt, den Parteien mitzuteilen, daß der Reichsarbeitsminister von der Durchführung dieser Bestimmungen als solcher Abstand zu nehmen beabsichtige. Er bitte, statt dessen sich auf einen Schlichtungsausschuss zu einigen, der statt seiner diese Vorentscheidung fälle...

Zur Begründung für diesen seinen Standpunkt führe der Reichsarbeitsminister erstens einen äußeren Grund an: Was den Bankrott angeht, so ist, ohne allen Arbeitnehmerskategorien hülflos sein, infolgedessen würde sich eine Praxis ergeben, wonach von allen Wirtschaftskreisen ein Arbeitsministerium diese verantwortungsvolle Rolle zugeteilt würde...

Der Reichsarbeitsminister habe ihn, den Vorsitzenden, nunmehr beauftragt, den Parteien mitzuteilen, daß der Reichsarbeitsminister von der Durchführung dieser Bestimmungen als solcher Abstand zu nehmen beabsichtige. Er bitte, statt dessen sich auf einen Schlichtungsausschuss zu einigen, der statt seiner diese Vorentscheidung fälle...

Zur Begründung für diesen seinen Standpunkt führe der Reichsarbeitsminister erstens einen äußeren Grund an: Was den Bankrott angeht, so ist, ohne allen Arbeitnehmerskategorien hülflos sein, infolgedessen würde sich eine Praxis ergeben, wonach von allen Wirtschaftskreisen ein Arbeitsministerium diese verantwortungsvolle Rolle zugeteilt würde...

Der Reichsarbeitsminister habe ihn, den Vorsitzenden, nunmehr beauftragt, den Parteien mitzuteilen, daß der Reichsarbeitsminister von der Durchführung dieser Bestimmungen als solcher Abstand zu nehmen beabsichtige. Er bitte, statt dessen sich auf einen Schlichtungsausschuss zu einigen, der statt seiner diese Vorentscheidung fälle...

Zur Begründung für diesen seinen Standpunkt führe der Reichsarbeitsminister erstens einen äußeren Grund an: Was den Bankrott angeht, so ist, ohne allen Arbeitnehmerskategorien hülflos sein, infolgedessen würde sich eine Praxis ergeben, wonach von allen Wirtschaftskreisen ein Arbeitsministerium diese verantwortungsvolle Rolle zugeteilt würde...

Der Reichsarbeitsminister habe ihn, den Vorsitzenden, nunmehr beauftragt, den Parteien mitzuteilen, daß der Reichsarbeitsminister von der Durchführung dieser Bestimmungen als solcher Abstand zu nehmen beabsichtige. Er bitte, statt dessen sich auf einen Schlichtungsausschuss zu einigen, der statt seiner diese Vorentscheidung fälle...

Zur Begründung für diesen seinen Standpunkt führe der Reichsarbeitsminister erstens einen äußeren Grund an: Was den Bankrott angeht, so ist, ohne allen Arbeitnehmerskategorien hülflos sein, infolgedessen würde sich eine Praxis ergeben, wonach von allen Wirtschaftskreisen ein Arbeitsministerium diese verantwortungsvolle Rolle zugeteilt würde...

„Wenn das kleine Grundbesitz eine halb anberühlt der Gesellschaft stehende Klasse von Barbaren schafft, die alle Rohheit primitiver Gesellschaftsformen mit allen Qualen und aller Misere zivilisierter Länder verbindet, so untergräbt das große Grundbesitz die Arbeitstrust der letzten Nation, wofür sich ihre naturwüchsige Energie flüchtet, und wo sie als Reservelands für die Erneuerung der Lebenskraft der Nationen sich aufspaltet, auf dem Grunde selbst.“

Karl Marx: „Das Kapital“

Weißer Schrecken.

Diebstahl der Käse natürlich und guldig. Verschiedene Blätter haben die Mitteilung gebracht, der Untersuchungsrichter habe einen Haftbefehl gegen Herrn von Käse, der bekanntlich vor einiger Zeit wieder einmal auf seinem Besitz einen Diebstahl über den Haufen geschossen hatte, erlassen...

Der Landgerichtspräsident. In Vertretung: Daehmann, Landgerichtsdirektor. Der Oberstaatsanwalt.

Die Kommunisten in der „freien“ Ebert-Deputat.

Dem Gorky-Terro entronnen — der „demokratischen“ Gastfreundschaft erlegen.

Französische Reformisten ermorden einen kommunistischen Gewerkschafter.

Das Landgericht in Italien.

Aus der Partei.

Abrechnung des Zentral-Komitees der Polen-Liste für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921.

Einnahmen:

Ausgaben:

Die von der KPD gesammelten M. 1.447.196,94 sind von den Parteibeiräten nach folgender Aufstellung aufgebracht:

Die Richtigkeit der Aufstellung bestätigt: Für das Zentral-Komitee: J. Schütz.

Für die Revisions-Kommission: G. Pfeiffer und H. Günther Berlin, den 31. Dezember 1921.

Das Landgericht in Italien.

Der große Landgericht in Italien. Der große Landgericht in Italien. Der große Landgericht in Italien.

Aus der Partei.

Abrechnung des Zentral-Komitees der Polen-Liste für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921.

Einnahmen:

Ausgaben:

Die von der KPD gesammelten M. 1.447.196,94 sind von den Parteibeiräten nach folgender Aufstellung aufgebracht:

Die Richtigkeit der Aufstellung bestätigt: Für das Zentral-Komitee: J. Schütz.

Für die Revisions-Kommission: G. Pfeiffer und H. Günther Berlin, den 31. Dezember 1921.

